

Gemeinde Eitorf  
DER BÜRGERMEISTER

**ANLAGE**  
**zu TO.-Pkt.**

lfd. Nummer: 00294 \ 11 \ A

Amt 81 Gemeindewerke -Ver- und Entsorgungsbetriebe-

Sachbearbeiter/-in: Herr Wahl

Eitorf, den 28.06.2004

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
i.V.  
Erster Beigeordneter

Vorblatt zu einem  
**A n t r a g**  
für den  
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum:

**Hauptausschuss am 05.07.2004**

Beratungsfolge:

keine

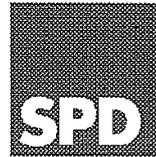
Tagesordnungspunkt:

**Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2004 betr. „Sachstand Cross-Border-Leasing“**

Antragstext:

s. Folgeseite





**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**- SPD Eitorf -**

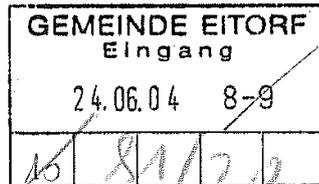
Pressesprecher SPD-EITORF \* Weienhard 14 \* 53783 Eitorf-Bitze

- Pressesprecher -

Ulrich Duldhardt  
T: (p) 02243/80904  
Fax: 02243/911-474  
T: (d) 0221/809-2267/3442  
Mobil: 0174/3918928

Bürgermeister  
der Gemeinde Eitorf  
Markt 1

53783 Eitorf/Sieg



Eitorf, den 22.06.2003

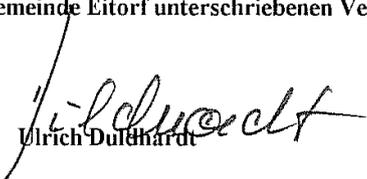
**Erweiterung der Tagesordnung des nächsten Hauptausschusses  
um den TOP „Sachstand Cross Border Leasing“**

Sehr geehrter Herr Ludwigs,

im nachstehenden Artikel des Kölner Stadt-Anzeigers wird über den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Cross-Border-Leasing-Modell berichtet. Die bisher ausgewiesenen Steuervorteile werden entfallen. Die SPD-Fraktion bittet um Berichterstattung der Verwaltung zur aktuellen Einschätzung der Auswirkungen auf den von der Gemeinde Eitorf unterschriebenen Vertrag.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Tandler

  
Ulrich Duldhardt

Reiseangebote bei eBay! Startpreise ab € 1,-

Los!

Rölnr Stadt-Anzeiger  
FÜR JEDEN LESER DAS  
PASSENDE ZEITUNGSABO

STUDIEN

## Die Amerikaner wollen aussteigen

erstellt 22.06.04, 07:07h, aktualisiert 10:10h

Aus, Ende und vorbei: In den Vereinigten Staaten haben sowohl der Senat als auch der Kongress beschlossen, das Cross-Border-Leasing-Modell abzuschaffen. Am vergangenen Donnerstag hatte der Kongress mit 251 zu 178 Stimmen ein entsprechendes Steueränderungsgesetz beschlossen. Bereits vor einem Monat hatte die zweite Kammer, der Senat, einem ähnlichen Gesetz zugestimmt. Allerdings gibt es einen großen Unterschied: Die Politiker im Kongress wollen auch bestehende Verträge stoppen: Ab 2005 soll auch aus bestehenden Cross-Border-Leasing-Geschäften kein steuerlicher Vorteil mehr gezogen werden. Und Verträge, die nach dem 18. November 2003 abgeschlossen wurden, würden ohnehin aufgelöst.

Zur Erinnerung: Im September 2003 stoppte in Bergisch Gladbach ein Bürgerentscheid ein Cross-Border-Leasing-Geschäft mit dem Abwasserwerk. Wahrscheinlich wäre der Vertragsabschluss also nach dem 18. November erfolgt. Aber auch wenn die Vertragspartner es noch vorher geschafft hätten, müssten sich die Verantwortlichen im Rathaus erneut mit Cross-Border beschäftigen. In anderen Städten, die Verträge abgeschlossen haben und sich sicher fühlen, werden bereits mögliche Verhandlungen durchgespielt.

Beispiel Berlin: Dort wurden 602 Straßenbahn- und 1361 U-Bahnwagen in einem Cross-Border-Deal eingebracht. Nun steht die dortige Verkehrsgesellschaft vor dem Dilemma, dass sie alte Züge nicht verschrotten darf, weil sie Bestandteil des Leasing-Vertrages sind. Würde sie es dennoch tun, wäre dies ein Vertragsbruch. Und genau danach suchen US-Anwälte dann, um aus dem nicht mehr ertragreichen Geschäft zulasten der deutschen Seite aussteigen zu können. Auch in Nürnberg - dort wurden Leasing-Verträge für die Abwasseranlage abgeschlossen - wird bereits darüber spekuliert, wann die ersten US-Anwälte auftauchen, um einen Vertragsbruch nachzuweisen.

Der Düsseldorfer Wirtschafts- und Steuerberater Ulrich Eder sieht die Sache gelassener. „Mit einem guten Vertrag bräuchte Bergisch Gladbach keine Sorge zu haben.“ Allerdings räumt Eder ein, dass bei einem Wegfall der Steuervorteile die amerikanischen Investoren nach Wegen suchen werden, um ihre Verluste zu minimieren. Genau diese Gefahr sieht Tomás Santillán, einer der Mitbegründer der Bergisch Gladbacher Bürgerinitiative gegen das Cross-Border-Geschäft: „Die Bürger in Bergisch Gladbach haben richtig entschieden.“

Für Bergisch Gladbachs Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen (CDU) ist das Cross-Border-Geschäft Schnee von gestern: „Der Bürger hat eine demokratische Entscheidung getroffen, die ich akzeptiere.“ Allerdings verweist sie darauf, dass in den Verträgen, die für das Bergisch Gladbacher Abwasserwerk vorlagen, das Risiko einer Gesetzesänderung einseitig auf amerikanischer Seite lag: „Wir hätten nichts zu befürchten.“